



Pressestelle

Telefon: 05231/71-1111  
oder 71-1112  
Telefax: 05231/71-1127  
e-mail: [pressestelle@brdt.nrw.de](mailto:pressestelle@brdt.nrw.de)  
Detmold, 10.12.2008  
PM: 120/08

## **P r e s s e m i t t e i l u n g**

### **Bezirksregierung lehnt Müllheizkraftwerk Mönkeloh ab: Ratbeschluss zur Veränderungssperre gab den Ausschlag**

Die Bezirksregierung hat jetzt den Antrag der KMG Kraftwerksgesellschaft Mönkeloh GmbH & Co. KG für die Errichtung eines müllbefeuerten Heizkraftwerkes abgelehnt. Fast auf den Tag genau nach zwei Jahren endet damit ein verwaltungsrechtliches Verfahren, das während der gesamten Laufzeit von Bürgerinnen und Bürgern im Paderborner Umland kritisch begleitet wurde.

Der entsprechende Bescheid der Bezirksregierung wird der Anwältin der Antragstellerin heute zugestellt. Nunmehr bleibt abzuwarten, wie das Oberverwaltungsgericht Münster den bereits im Normenkontrollverfahren gegen die Veränderungssperre gestellten Antrag beurteilt. Sollte die Veränderungssperre rechtlichen Bestand haben, hätte eine Klage gegen den Ablehnungsbescheid nach Auskunft des Leiters des Immissionschutzdezernates der Bezirksregierung, Rainer Hohnemann, keine Aussicht auf Erfolg.

Zum Hintergrund: Ein erster Erörterungstermin im März 2007 war abgebrochen worden, weil sich zeigte, dass die Antragsunterlagen für die Fortführung des Verfahrens nicht ausreichten. Die im November 2007 ergänzten Antragsunterlagen führten zur erneuten Erörterung im Februar 2008. Wiederum wurden Themenbereiche wie zum Beispiel der Brandschutz, die Schornsteinhöhe und die Auswirkungen der Anlage auf die Umwelt besonders kritisch erörtert. Circa 45.000 Einwendungen und eine engagierte Bürgerinitiative führten zu einer insgesamt zehntägigen Erörterung.

Der Rat der Stadt Paderborn beschloss im August 2008 eine Veränderungssperre über zwei Jahre für das Industriegebiet Paderborn-Mönkeloh, um das gesamte Gebiet lärmtechnisch zu überplanen. Auch den zwischenzeitlich gestellten Ausnahmeantrag von der Veränderungssperre lehnte der Rat der Stadt Paderborn in seiner Sitzung am 04. Dezember 2008 einstimmig ab.

Wie bereits zuvor von der Bezirksregierung Detmold angekündigt, war damit die Rechtsgrundlage für den Ablehnungsbescheid geschaffen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
Manuela Morath  
(Pressesprecherin)